

Textilarbeiter-Zeitung

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Verbandsmitglieder erhalten die Zeitung unentgeltlich. Bestellungen durch die Post für das Vierteljahr 3 Mark.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Veröffentlichung: Düsseldorf, Konfordstraße Nr. 7. Fernruf Nr. 423.

Verlag: C. M. Schäfer, Düsseldorf, Konfordstraße 7. Druck und Versand Joh. van Nieu, Crefeld, Luth. Kirchstraße Nr. 63-65. Fernruf: 4692.



Uebertreibungen und Verallgemeinerungen.

Der langandauernde Weltkrieg mit all seinen Erschwernissen und Nöten hat die Menschen erklärlicherweise nervöser gemacht. Dinge werden erdichtet und in Umlauf gesetzt, die sich nie ereignet haben, und unvermeidliche Mißstände und vorhandene Mängel werden vergrößert, doppelt und dreifach gesehen. Gerüchte wachsen bekanntlich im Umlauf. Meistens werden aber Gerüchte noch dadurch bekräftigt, daß der Erzähler den Vorgang selbst gesehen oder selbst erlebt haben will, was aber nicht immer der Fall ist. Dadurch wird Unruhe in die Bevölkerung getragen und die Schuld bestimmten Kreisen zugeschoben, die keine Schuld an dem betreffenden Vorgang tragen. Einmal sind es die Kriegsgesellschaften, dann wieder die Gemeindeverwaltungen, denen man die Schuld in die Schuhe schiebt, ein anderes Mal beschuldigt man die Landwirtschaft, dann wieder die Arbeiter und so geht es fort. Dabei berücksichtigt man in den seltensten Fällen, daß der Krieg die Hauptschuld an allen Mißständen und Erschwernissen trägt. Der Krieg, der Millionen arbeitsame Menschen in die Uniform gezwungen hat, der die Pferde aus der landwirtschaftlichen Arbeit herausgerissen, der die Bahnen und Transportmittel für sich in Anspruch nimmt, der uns vom Auslande abgeschnitten hat und dergleichen mehr. Würde man dieses Moment mehr bei Beurteilung der Einzelfragen berücksichtigen und die Gesamtzusammenhänge betrachten, dann würden die gegenseitigen Beschuldigungen, Anklagen, Uebertreibungen und Verallgemeinerungen zum größten Teil aufhören oder wenigstens nicht die erbitterte verletzende Form annehmen, wie das leider vielfach geschieht. Der Krieg hat jedem Stand Erschwernisse gebracht und bringt sie noch. Die Landwirtschaft muß mit weniger Arbeitskräften mit Not aufrecht erhalten werden. Frauen, Kinder und Gefangene müssen die ganze Wirtschaft in Ordnung halten, müssen das Feld bestellen und den Garten besorgen und müssen in Haus und Hof alles erledigen. Dabei fehlt es an Zugtieren, an Arbeitskräften, an Geräten, an Düngemitteln und anderem mehr. Da heißt es arbeiten und sich plagen von früh bis spät. Der Arbeiter muß seine Kräfte nicht weniger anspannen. Eine Sonntagsruhe kennt er kaum mehr. Ueberstunden müssen geleistet werden bis die Kräfte bei der mangelhaften Ernährungsweise vielfach versagen. Frauen müssen zur Fabrik gehen, um den Unterhalt für ihre Familien zu verdienen. Alles, weil der Krieg uns in eine Zwangslage versetzt hat. Jeder bringt Opfer, jeder erträgt Erschwernisse, jeder verspürt die Folgen des Weltkrieges, die auch beim besten Willen der Behörden und beim Zusammenwirken aller Stände nicht vollständig aus der Welt geschafft werden können. Natürlich muß alles geschehen, um die Nöten zu lindern und eine berechnete sachliche angemessene Kritik wird man auch niemand verwehren. Aber man hüte sich vor Uebertreibung und Verallgemeinerung. Man übertreibe nicht, wenn man über die „hohen Löhne“ der Arbeiter schreibt und redet und bedenke, daß ein großer Teil der Arbeiter nicht weiß, wie er bei den teureren Preisen seine Familie ernähren soll. Man übertreibe nicht, wenn man über die Versorgung der Schwer- und Schwerstarbeiter redet, denen man nachsagt, sie hätten

keine Not und seien besser versorgt als alle anderen. Man bedenke auch dabei daß diese Arbeiterschichten auf ihre Rationen angewiesen sind und bei angestrenzter Tätigkeit viele hundert Meter tief unter der Erde oder vor dem Feuerofen, ihre Gesundheit verschleußen. Man übertreibe nicht, wenn man von den „Bergnügungen“ der Großstädte und dem Leben und Treiben derselben redet; man bedenke auch, daß es neben hell erleuchteten Straßen und Cafés ärmliche Häuserviertel mit dumpfen ungesunden Wohnungen gibt, in denen der größte Teil der schwer arbeitenden städtischen Bevölkerung den größten Teil seines Lebens zubringen muß. Man übertreibe aber auch nicht, wenn man von den „gefüllten Schüsseln der Landwirtschaft“ redet, sondern bedenke auch, daß die Landwirtschaft vieles Lieb Gewordene und Notwendige entbehren muß. Man übertreibe nicht! Das sollte sich jeder ins Gewissen schreiben, dann würden die gegenseitigen Auseinandersetzungen, die soviel böses Blut geschaffen haben und noch schaffen, eingedämmt und der Burgfriede wieder Platz greifen, über den sich ganz Deutschland zu Beginn des Krieges geireut hat. Jeder Stand hat seine Last. Das muß sich jeder einprägen. Jeder Stand seufzt unter den durch den Krieg geschaffenen Nöten! Man mache keinen Stand verantwortlich für Dinge, für die er nicht verantwortlich gemacht werden kann, und verallgemeinere nicht, wenn einzelne pflichtvergessen handeln. Mehr Gemeinschaftsgeist tut unserem Volke not.

Arbeiterschaft und Kriegsentcheidung.

III.

Italien hat sein Volk aufgepeitscht für die Irredenta, für die Vereinigung aller italienisch Sprechenden in einem Staatsverband, um die nationalen Kräfte gemeinsam entfalten zu können. In Wirklichkeit erstrebt Italien materielle Kriegsziele. Es will zunächst günstige Grenzen gegen Oesterreich. Solche Grenzen waren seither auf österreichischer Seite, was die elf Italoitalienischen Kriege ausreichend beweisen. Weiter soll die Adria italienisches Meer werden, wodurch Italien gegenüber Oesterreich in eine starke wirtschaftspolitische Situation käme. Auch die Franzosen haben ideale Kriegsziele in den Vordergrund gestellt. Sie nährten seit Jahrzehnten den Revanchegeanken und verwiesen ihr Volk auf die Ausräumung der 1871 Frankreich widerfahrenen Demütigung. In Wirklichkeit kämpft auch Frankreich für materielle Kriegsziele. Frankreich will Elsas Lothringen um wieder mitteleuropäische Macht zu werden. Es will daneben das Saarrevier, um Erze und Kohlen in großen Mengen zu bekommen, und so wieder Weltwirtschaftsmacht werden zu können. Selbst die von Natur aus materiell und egoistisch denkenden Engländer haben die Denkweise ihres Volkes auf ideale Kriegsziele eingestellt. Sie sagten zuerst, England kämpfe um die Gleichberechtigung und Aufrechterhaltung der kleineren Staaten. Als dann ihr Verbündeter, der autokratische Russenstaat, zusammengebrochen war, sagten sie, in dem Krieg kämpften zwei Weltanschauungen miteinander: die demokratische und die autokratische. Die künftige Weltordnung dürfe, wenn sie von Dauer sein solle, nur nach der demokratischen Weltanschauung gestaltet werden; deshalb müsse Deutschland, in

dem die autokratische Weltanschauung herrsche, niedergerungen, besetzt werden.

In Deutschland dagegen wurde diesen sehr bedeutenden ideellen Inponderabilien kein Gewicht beigemessen, trotzdem kein Volk seiner ganzen Veranlagung und Vergangenheit entsprechend so stark nach ideellen Kriegszielen verlangte, wie das deutsche. In Deutschland haben, wie gesagt, die Wirtschaftsverbände die Führung auf dem Gebiete der Kriegszielpolitik an sich gerissen. In Deutschland glaubte man, als der Krieg kaum begonnen, nichts Besseres tun zu können, als dem Volke große Eroberungsziele in Ost und West zeigen zu sollen. Damit konnte das Volk nicht begeistert werden, da mit einem gewissen Recht gesagt werden konnte, daß dies für Deutschland keine Lebensnotwendigkeiten seien, im Hinblick darauf, daß Deutschland in den letzten 50 Jahren ohne Belgien und Durland und andere östliche Provinzen so große Fortschritte auf allen Gebieten aufzuweisen habe, wie in der gleichen Zeit kein zweites Volk der Welt. Mit diesen materiellen Kriegszielen konnte das deutsche Volk nicht zum Ertragen der stets steigenden Entbehrungen und Opfer angepornt werden.

Aber auch in innerpolitischer Hinsicht ließ die Führung des deutschen Volkes während des Krieges viel zu wünschen übrig. Auf der Tagung des Ausschusses des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften im Januar 1915 (also wenige Monate nach Kriegsbeginn), nachdem übersehbar war, daß der Krieg sich zu einer Auseinandersetzung zwischen Deutschland und England auswachsen würde, wurde ausgesprochen: Wir bekommen es bei solcher Sachlage entweder mit einem langen Krieg oder mit einer Reihe aufeinanderfolgender Kriege zu tun. Diese Einsicht hätte zur damaligen Zeit auch bei anderen Stellen vorhanden sein können und vorhanden sein müssen. Wenn sie vorhanden war, dann hätte die innere Politik auf die aus dieser Sachlage entspringenden Notwendigkeiten eingestellt werden müssen.

Zur Zeit der großen Kriege vor 100 Jahren war eine glänzende Generalidee vorhanden: Abschüttelung des französischen Jochs. Die Franzosen müssen unter allen Umständen aus Deutschland hinausgeworfen werden! Trotz dieser, das ganze Volk packenden Generalidee konnte festgestellt werden, wie schon während des Krieges energisch auch auf die innerpolitische Ausgestaltung Preußens hingearbeitet wurde. Es entstanden dem Volke Männer von dem zweiten Gesichtskreis eines Stein und Hardenberg.

Allgemeine Rundschau.

Reger, Regierung, Volksvertretung und Sozialreform.

Nach mancherlei „Zerrungen und Witterungen“, die hier und da fast den Ausweg ins Freie zu versperren drohten, ist nunmehr eine volle Einigung zwischen den öffentlichen Gewalten, die über das Geschick von Reich und Nation in diesen Zeiten schwerster Entscheidungen zu bestimmen haben, erzielt worden, und die Sozialpolitik ist an diese glücklichen Ergebnisse nicht unbeteiligt. Der Kaiser hat in weisem und hochherzigem Entschluß den Vorschlägen des neuen Reichszanzlers Grafen von Hertling, dem die Staatssekretäre von Bühlmann und Graf Ribben getreulich zur Seite standen, dahin zugestimmt, daß Führer der Mehrheitsparteien im Reichstag und im preussischen Landtag in hervorragende Mitglieder der Regierung berufen werden. Damit hat die Krone nicht nur ihr verfassungsmäßiges Recht freier Entschließung gewahrt, sondern ihre Autorität auf die breite und feste Grundlage der Volksvertretung gestellt. Die Regierung vereinigt nunmehr in sich neben Vertretern der Hochrenten auch Vertrauensmänner der parlamentarischen Parteien, die die Mehrheit bilden und damit eine Gewähr für den ruhigen Fortgang der Geschäfte bieten: Graf Hertling, der einjährige Führer der Zentrumspartei, v. Bayer, Vertreter der fortschrittlichen Volkspartei, als Vizenzler im Reich, an Stelle des ausgeschiedenen Dr. Helfferich, und Dr. Friedberg, Vertreter der nationalliberalen, als Vizepräsident des preussischen Staatsministeriums. Die Sozialdemokraten haben es — was wir bedauern — abgelehnt, sich an der

Regierung zu beteiligen, aber erklärt, daß sie die Herren v. Bayer und Dr. Friedberg als Männer auch ihres Vertrauens betrachten und der Regierung ihre Unterstützung leihen werden. Diese Einigung der politischen Gewalten findet zwar in Personen ihren äußeren Ausdruck, gründet sich aber auf eine Uebereinstimmung in der Sache: Regierung und Volksvertretung haben, unter Billigung des Kaisers, als Grundlage ihres Zusammenwirkens vereinbart, daß die auswärtige Politik mit dem in der deutschen Note an den Papst festgelegten Friedenszielen, in Preußen die Wahlreform gemäß den königlichen Botschaften, im Reich die dringlichsten spruchreifen sozialpolitischen Reformen (Aufhebung des § 153 R.O. und Errichtung von Arbeitskammern), endlich auch eine Erleichterung der Zensur, durchgeführt werden. Damit ist für einen guten Anfang ein festes, reinliches Fundament gegeben, auf dem dann im weiteren Verlauf der Dinge der Neubau von Reich und Staat erstehen kann als schönste Frucht unserer Waffensiege im Verteidigungskampf gegen eine Welt von Feinden.

Weitblickende Arbeiterpolitik.

Das „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften“ beklagt in einer sehr beachtenswerten Betrachtung „Wachsende Reaktion“, wie sehr die Arbeitgeber, deren führendes Blatt zu Kriegsbeginn die Einmütigkeit von Unternehmer- und Arbeiterverbänden ein gutes Omen für die Zukunft nannte, inzwischen zu einer rückschrittlich sozialpolitischen Haltung zurückgekehrt seien, hält aber die „Reaktion“ auf dem rein politischen Gebiete für weit gefährlicher, weil sie „im Gewande des vaterländischen Interesses“ auftritt. Dann fährt das Blatt fort: „Der jetzigen Regierung, die mit viel gutem Willen leider noch viel mehr politischen Dilettantismus verbindet, ist es gelungen, eine der wichtigsten staatspolitischen Errungenschaften dieses Krieges, nämlich die Annäherung der Mehrheit der Sozialdemokratie an den Staat, aufs höchste zu gefährden. Das muß die gesamte politisch weitblickende Arbeiterschaft aufschrecken und wachrufen! Nur die allerkleinste parteipolitische Erwägung kann über eine solche Wendung der Dinge Freude empfinden. Wir müssen weiterblicken! Für die Zukunft der deutschen Arbeiterbewegung ist die Annäherung von Sozialdemokratie und Staat von größter Bedeutung. Wie stellt man sich ohne dieselbe die von uns doch stets erstrebte Eingliederung von Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung in die bestehende Ordnung vor? Uebersehen wir aber auch weiter nicht, daß mit dieser Errungenschaft zugleich weitere von aktuellstem Interesse aufs Spiel gesetzt sind. Man braucht doch nur die Ohren anzumachen, um allenthalben beispielsweise das Getöse der Agitation gegen eine grundlegende Aenderung des preussischen Wahlrechts zu hören, auf der die gesamte deutsche Arbeiterschaft bestehen muß, wenn ihr die eigene Zukunft lieb ist. Diese Agitation schreitet im Gewande der Furcht wegen der demokratischen Welle dahin, die die deutsche Eigenart aufs Spiel setzen soll. Arbeiter, laßt euch dadurch nicht täuschen!“ Anschließend warnt das „Zentralblatt“ vor denen, die „unter Ausnutzung unfehlbarer Ungeschicklichkeiten des Reichstages, gegen die Volksvertretung überhaupt mobil machen. Mag der Reichstag noch so oft durch die Form fehlen — ohne seine Wachsamkeit würden der Arbeiterschaft sehr bald die letzten Reste ihrer Rechte aus der Hand gewunden sein.“

Lohnbewegung der Tabakarbeiter.

Die Tabakarbeiter und -Arbeiterinnen sind die schlechtestbezahlteste gewerbliche Arbeiterschaft in Deutschland. Nach den Feststellungen der Tabakberufsgenossenschaft betrug im Jahre 1916 der Durchschnittsverdienst eines Rollarbeiters (800 Arbeitstage) 778 M. oder 2,59 M. pro Arbeitstag. Der Durchschnittsverdienst ist gegenüber 1913 nur um 104 M. oder um 34 Pfg. pro Arbeitstag gestiegen. Das ist eine Steigerung von 15,4 v. H. Die Zigarrenarbeiter, die das Gros der Tabakarbeitererschaft bilden, hatten in 1916 nur einen Durchschnittsverdienst von 729 M. oder 2,43 M. pro

Arbeitstag. Wenn nun auch die Feststellungen der Tabakberufsgenossenschaften nicht den Wert einer genauen Lohnstatistik haben, so lassen sie doch eine Uebersicht über die allgemeine Lohnhöhe der gesamten versicherten Personen zu. Die drei Tabakarbeiterverbände haben seit Kriegsbeginn schon mehrmals versucht, eine Steigerung der Löhne herbeizuführen. Von den Unternehmerverbänden sind denn auch bisher Gesamtbewilligungen in Höhe von 30 und 35 v. H. gemacht worden. Die letzte Erhöhung der Zulagen wurde im Frühjahr d. J. bewilligt. Inzwischen hat die Teuerung noch einen größeren Umfang angenommen. Andererseits ist der Verdienst der Tabakarbeiter trotz der in diesem Frühjahr gewährten Erhöhung der Zulagen nicht gestiegen, sondern eher zurückgegangen. Durch die Tabakkonkurrenzierung wurde vielfach die Arbeitszeit gekürzt, ohne daß dafür ein Lohnausgleich geschaffen wurde. Eine große Anzahl von Tabakarbeitern ist auf Pensum gesetzt worden, d. h., sie dürfen nur mehr eine bestimmte Anzahl herstellen. Auch trägt das heute zur Verarbeitung kommende Rohmaterial vielfach zu einer Verdienstschränkung bei. In Anbetracht dieser Zustände ist die Not der Tabakarbeiter immer größer geworden. Der Verdienst reicht in vielen Fällen nicht einmal aus, um hiervon die rationierten Lebensmittel kaufen zu können. Wäre die Tabakindustrie in der Hauptsache nicht auf dem Lande anfässig, wäre die Existenz mancher Arbeiterfamilie schon längst bedroht gewesen. Durch eine, wenn auch geringe Verbindung mit der Landwirtschaft war es ihr bisher möglich, sich zur Not durchzuhelfen. Durch die besonders im letzten halben Jahre eingetretene Teuerung aller Bedarfsartikel ist aber jetzt ein Zustand eingetreten, der den Tabakarbeitern ein weiteres, wenn auch sehr bescheidenes Auskommen nicht mehr ermöglicht. Der Wunsch nach einer Verbesserung der Löhne ist deshalb allgemein. Die Tabakarbeiterverbände haben denn auch dieser Stimmung Rechnung getragen und an die Unternehmerverbände in der Tabakindustrie eine Eingabe gerichtet, worin eine Erhöhung der Zulagen auf 60 v. H. gefordert wird. Die so sehr gestiegenen Preise aller Tabakprodukte und die guten Verdienste der Unternehmer lassen eine solche Erhöhung auch zu. Eine bedeutende Erhöhung der Tabakprodukte tritt durch die gewünschte Lohnaufbesserung nicht ein. Wenn man beispielsweise für Zigarren einen Durchschnittsakkordlohn von 10 M. zugrunde legt, so bedingen die bisher bewilligten Zulagen einschließlich der jetzt gewünschten Erhöhung nur eine Preissteigerung von 6 M. für das Tausend oder 0,6 Pfg. für die einzelne Zigarre. Die vielerorts vorhandene Meinung, als seien an den so sehr gestiegenen Preisen der Tabakprodukte die Löhne der Arbeiter schuld, ist demnach nicht richtig. Der Wunsch der Tabakarbeiter nach einer weiteren Aufbesserung ihrer Löhne ist durchaus berechtigt. Da die Heeresverwaltung zu drei Viertel Abnehmer aller Tabakprodukte ist, so wird diese hoffentlich dazu beitragen, daß den Wünschen der Tabakarbeiter Rechnung getragen wird.

Vom ersparten Gewerkschaftsbeitrag.

In einem abseits vom großen Verkehr gelegenen Orte der bairischen Pfalz liegt ein kleineres Sägewerk. Die beschäftigten Arbeiter wohnen alle im Ort und sind hier durch ein kleines Antwesen zur Geselligkeit bestimmt. Ein wenig Garten und Acker, das sie besitzen, ernährt die Familie nicht und bleibt so kaum eine andere Wahl als auf dem Sägewerk, als der einzigen Verdienstmöglichkeit am Orte, in Arbeit zu treten. Der Arbeitgeber ist ein schwerreicher Mann, der seinen Reichtum noch durch erhebliche Heereslieferungen und Aufträge für kriegswichtige Betriebe vermehrt. Die Arbeiter aber sind und bleiben arme Teufel. Sie glaubten in früheren Jahren schon einmal, die gewerkschaftliche Organisation könne ihnen eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage verschaffen. Nachdem sie aber schon zwei Wochenbeiträge geleistet hatten und trotzdem noch nichts erreicht war, hatten sie alles Vertrauen zur gewerkschaftlichen Organisation verloren. Da hatten sie berechnet, daß sie die Entrichtung von Gewerkschaftsbeiträgen noch ärmer mache. Auf diesem Standpunkt

verharren sie noch heute. Und was verdienen sie dabei? Ein Gewerkschaftsbeitrag à 70 Pfg. die Woche, ergibt im Jahr eine Summe von 36,40 M. Die Arbeitslöhne betragen bei den Gatterfägern und Maschinisten im Höchstfall 4,50 M. pro Arbeitstag. Die Plakarbeiter begnügen sich mit 3,50—4,00 M. Nach dem Sägetarif für Bayern sollen aber betragen die Stundenlöhne für Gatterfäger 75 Pfg., für Plakarbeiter 65 Pfg. Und da die Arbeitszeit 11 Stunden beträgt, müßte dem entsprechend der Tagesverdienst eines Gatterfägers 8,25 M., der eines Plakarbeiters 7,15 M. betragen. Ein Gatterfäger kommt somit pro Tag um 3,75 M., pro Jahr bei 300 Arbeitstagen um 1125 M. zu kurz. Bei den Plakarbeitern sind die entsprechenden Ziffern im Durchschnitt 3,40 M. resp. 1020 M. Der Gatterfäger erspart nun dadurch, daß er dem Verband fernbleibt 1088,60 M. pro Jahr — dem Arbeitgeber, der Plakarbeiter 984,60 M. Bei drei Arbeitern zum höheren und zwölf Arbeitern zum niederen Lohnsatz ersparen die Arbeiter durch ihre gewerkschaftliche Teilnahmslosigkeit ihrem Arbeitgeber pro Jahr allein an Arbeitslohn über 15000 M. Die Kriegsgewinne, die sie ihm erarbeiten, liegen noch daneben. — Einer Versammlungseinladung des Verbandes leisteten die Arbeiter keine Folge. Einmal sind sie auf den „Verbands-Beim“ gekrochen und haben zwei Wochenbeiträge gezahlt. Jetzt sparen sie. Und der Arbeitgeber hat Freude an ihnen!

Die Gewerkschaftspresse

hat, wie die Presse im allgemeinen, in der Kriegszeit einen schweren Stand. Schwierigkeiten ergeben sich einmal aus dem Mangel an Kräften für die Beschaffung des Inhalts. Erheblicher aber sind noch die technischen Schwierigkeiten bei der Herstellung einer Zeitung. Fehlt es doch so ziemlich an allem, was in Friedenszeiten bei der technischen Herstellung einer Zeitung hinlänglich zur Verfügung stand. Besonders fühlbar macht sich aber der Mangel an Druckpapier. Wie die Dinge liegen, werden auch noch andere Gewerkschaften sich genötigt sehen, eine Verminderung des Umfangs ihrer Zeitung durch Kürzung der Seitenzahlen oder durch ein nicht so häufiges Erscheinen vorzunehmen. Leider ist es bei dem herrschenden Papiermangel auch unserem Verbands nicht möglich, die „Textilarbeiterzeitung“ wie früher herauszugeben, wie es dem Wunsche vieler Mitglieder entspricht. Wir müssen unter den obwaltenden Verhältnissen sehr zufrieden sein, wenn das regelmäßige wöchentliche Erscheinen der Verbandszeitung selbst bei nur vierseitigem Umfang weiterhin möglich ist.

Aus unserer Industrie.

Einführung eines gesetzlichen Zwanges zur Beschäftigung von Kriegsbeschädigten im Gewerbe.

Im Reichsausschuß für Kriegsbeschädigten-Fürsorge in Berlin wird die Frage erwogen, ob und inwieweit die Einführung eines Gesetzes möglich ist, nach welchem öffentliche und private Betriebe zur Einstellung von Kriegsbeschädigten verpflichtet werden können. Die Deutschen Handwerks- und Gewerbetreibenden sind hierüber zu einem Gutachten aufgefordert und die Mehrzahl derselben neigt zu der Ansicht, daß die zwangsweise Beschäftigung von Kriegsbeschädigten in Privatbetrieben, soweit das Handwerk in Frage kommt, abzulehnen ist, dagegen dürfte diese Frage für die öffentlichen Betriebe bejaht werden. Das Handwerk ist der Ueberzeugung, daß angesichts des Mangels an Arbeitskräften jeder Arbeitgeber, soweit irgend möglich und der Kriegsbeschädigte noch zur Arbeit verwandt werden kann, gern bereit sein wird, Kriegsbeschädigte einzustellen. Es dürften aber ferner Verwaltungsmaßnahmen durchführbar sein, um die öffentlichen Betriebe des Reiches, des Staates und der Kommunen zu verpflichten, in größerem Maße als bisher Kriegsbeschädigte einzustellen.

Aus dem Verbandsgebiete.

Aus unseren Bezirken.

Zum Kapitel Fabrikwohnungen.

Von den Arbeiterorganisationen sind die Fabrikwohnungen immer als ein Hemmschuh der Freizügigkeit des Arbeiterstandes angesehen worden. Manche unangenehme Vorkommnisse haben sich im Laufe der Jahre bereits ergeben. Gewöhnlich ist mit dem Verlassen der Arbeitsstelle auch ein Verzicht auf die Wohnung verbunden. Wie bei manchen Arbeitgebern der angebliche Vorteil der Fabrikwohnungen ausgenutzt wird, zeigt folgendes Vorkommnis.

In der Seinenweberei in Düren, Firma Karl Bücklers und Co. ist der Weber Matthias Maubach mit kurzer Unterbrechung seit 30 Jahren in Arbeit. Die Kinder des Mannes dienten alle dem Unternehmen als Arbeitskräfte. Zeitweise waren von der Familie 7 Personen dort beschäftigt. Durch den Krieg wurden die Söhne zum Heeresdienste einberufen. Einer davon starb bereits den Heldentod, ein weiterer ist Kriegsbeschädigter, zwei stehen zur Zeit noch unter den Fahnen und der jüngste sieht in allernächster Zeit seiner Einberufung entgegen. Auch die beiden Töchter arbeiteten bis in die letzte Zeit hinein bei der Firma. Um bessere Verdienstmöglichkeiten zu haben, trat eine bei der Eisenbahn, die andere auf der hiesigen Schießwollfabrik in Arbeit. Dem ältesten, 68-jährigen Vater wurde nunmehr auch die Arbeit und die Fabrikwohnung gekündigt mit der Begründung, daß nur der Anspruch auf eine billige Wohnung habe, der seine Angehörigen dem Betriebe als Arbeitskräfte zur Verfügung stelle. Der Herr Direktor Horkmann, dem die Leitung des Betriebes obliegt, wurde von dem hiesigen Gewerkschaftsbüro um Vermittelung angegangen. Hier gab es jedoch nur die kurze Antwort, an der Sache sei nichts zu ändern, man sei sich genau darüber klar, was man getan habe. Wenn schon in normalen Zeiten ein solches Vorgehen durch nichts zu rechtfertigen ist, dann kann man in der schweren Kriegszeit solche Rücksichtslosigkeiten absolut nicht verstehen. Dies Vorkommnis zeigt besonders wieder, wie wichtig für den Arbeiterstand die Wohnungsfrage ist.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Düren. Weiteren Zuwachs erhielt unsere Ortsgruppe durch den Beitritt der männlichen Kollegen der Seinenweberei (Firma Karl Bücklers und Co.) Für dieselben fand am Sonntag den 18. November bei Josef Klindenberg eine Belegschaftsversammlung statt, die unser Kollege Zimmermann leitete. Kollege Sauren hielt einen kurzen Vortrag über die Verhältnisse im Betriebe, in welchem insbesondere die Verhältnisse im Betriebe besprochen wurden. Dieses ist auch hier noch zu ändern und zu bessern. Aufgabe unserer organisierten männlichen Kollegen ist es nunmehr, auch die Kolleginnen dem Verbandsverbande anzuführen, damit die Einheit im Betriebe vollständig wird. Darum ihr Kollegen von der Seinenweberei, eifrig weiter gearbeitet an dem Ausbau unserer Organisation. Eifrig die Mitgliederversammlungen besuchen und das Verbandsorgan studieren. Weiter mitarbeiten in der Verwaltung der Ortsgruppe, das sind die hauptsächlichsten Grundlagen für gute gewerkschaftliche Schulung.

Zuverlässige gewandte Frauen

Winnen sich durch Betätigung für unsere Patriorgeschmichtung gute Nebenverdienstquellen eröffnen; evtl. 1-2e Anstellung. Meldungen erbeten an die Generalrechnungsstelle in Köln, Benloerwall 9.

Bilanz

des Allgemeinen Konsumvereins Eintracht e. G. m. b. H. zu Grefrath. Geschäftsjahr vom 1. Oktober 1916 bis 30. September 1917.

Aktiva		Passiva	
	M.		M.
Kassenbestand	394,75	Per Warenschulden	—
Warenbestand	1729,57	Per Geschäftsguth. der Mitglieder	3557,82
Inventar	550,24	Per Reserveresonds	2337,71
Sparlagentguthaben	4147,55	Per Sparguth. d. Mitgl.	513,89
Anteil bei der Groß-Einkaufs-Zentrale	500,—	Per Zinsen	232,20
Forderungen	63,41	Per Reingewinn	770,40
	7411,52		7411,52

Mitgliederzahl am 1. 10. 1916 128
Abgang bis zum 30. 9. 1917 2

128

2

130

Abgang bis zum 30. 9. 1917:

Durch Kündigung 8

Durch Tod 2

5

Gesamte Mitgliederzahl am 1. 10. 1917 125

Gesamthaltsumme am 1. 10. 1917 M. 3750

Der Vorstand.

Leonhard Struden.

Jakob Tenelsen.

Der Aufsichtsrat.

J. A. Peter Faber,

Vorsitzender.

Was schenke ich zu Weihnachten?

Das beste Geschenk für einen intelligenten Arbeiter, sowie für jeden, der im öffentlichen oder sozialen Leben (als Lehrer, Geistlicher, Stadtverordneter, Parlamentarier, Organisator) tätig ist, bildet ein Abonnement auf die

„Deutsche Arbeit“

Monatsschrift für die Bestrebungen der christlich-nationalen Arbeiterschaft.

Die „Deutsche Arbeit“ ist das führende Organ der gesamten christlich-nationalen Arbeiterbewegung. Sie orientiert zuverlässig über alle Vorgänge in der geistigen Welt statt dieser Bewegung und wertet die wirtschaftlichen, sozialpolitischen und kulturellen Strömungen im Volks- und Staatsleben unter den der Bewegung eigentümlichen Gesichtspunkten. Während der kurzen Zeit ihres Bestehens hat sie sich nicht nur die Beachtung, sondern auch das Interesse vieler derer erworben, welche den großen Bewegungen unserer Zeit ihre Aufmerksamkeit zuwenden.

Die Zeitschrift erscheint am ersten eines jeden Monats mindestens drei Bogen stark auf holzfreiem Papier in anerkannt guter Ausstattung. Bestellungen nehmen alle Postanstalten und Buchhandlungen entgegen; auch kann die Zeitschrift durch den Verlag (Cöln, Benloerwall 9) unter Kreuzband mit entsprechendem Preiszuschlag (0,30 M. im Vierteljahr) bezogen werden. Der Abonnementspreis beträgt jährlich 6,— M., halbjährlich 3,— M., vierteljährlich 1,50 M. Einzelhefte kosten M. 0,50.

Verlag Deutsche Arbeit, Cöln, Benloerwall 9.

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Uebertreibungen und Verallgemeinerungen. — Arbeiterschaft und Kriegsentcheidung. — Allgemeine Rundschau: Kaiser, Regierung, Volksvertretung und Sozialreform. — Weitblickende Arbeiterpolitik. — Lohnbewegung der Tabakarbeiter. — Vom erwarteten Gewerkschaftsbeitrag. — Die Gewerkschaftspresse. — **Aus unserer Industrie:** Einführung eines gesetzlichen Zwanges zur Beschäftigung von Kriegsbeschädigten im Gewerbe. — **Aus dem Verbandsgebiete:** Aus unseren Bezirken; Zum Kapitel Fabrikwohnungen. — **Berichte aus den Ortsgruppen:** Düren. Bilanz. — Inserate.

Verantwortlich für die Schriftleitung: J. B. E. M. Schiffer, Düsseldorf, Konfordiastraße Nr. 7.